

## 9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

### Imposition du tabac. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 10. Januar 1967  
(BBl I, 117)

Message et projet de loi du 10 janvier 1967 (FF I, 113)

#### Antrag der Kommission

*Mehrheit*

Eintreten.

*Minderheit*

(Vontobel)

Nicht eintreten.

#### Proposition de la commission

*Majorité*

Passer à la discussion des articles.

*Minorité*

(Vontobel)

Ne pas entrer en matière.

#### Berichterstattung – Rapports généraux

Haller-Windisch, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bin Aargauer und damit auch Schweizer, ich bin Wynentaler, habe aber dort nie gewohnt; ich bin Raucher und rauche Stumpen und Tessiner Produkte, ich habe keine Tabakaktien und bin in keinem Verwaltungsrat der Tabakindustrie. Trotz all dieser Nachteile möchte ich mich bemühen, objektiv zu bleiben.

Laut Bundesverfassung werden zur Finanzierung der AHV die Genussmittel herangezogen. Es sind dies die gesamte fiskalische Belastung des Tabaks und der Anteil des Bundes aus der Besteuerung gebrannter Wasser. Es mag als paradox erscheinen, dass man einerseits die Genussmittel wie Tabak und Schnäpse bekämpfen will und anderseits insgeheim hofft, dass möglichst viel davon verbraucht werde, um die Einnahmen zu steigern und damit die Leistungen der AHV zu verbessern. Aber das liegt in der menschlichen Natur, dass man aus der Not eine Tugend macht.

Sie sehen auf Seite 3 der Botschaft die jährlichen Einnahmen aus den Tabakerträgen, die von 76 Millionen im Jahr 1946 auf 256 Millionen im Jahr 1964 anstiegen. 1965 wurden so viel Rauchwolken in die Luft ausgestossen, dass die Nettoeinnahmen rund 304 Millionen ausmachten, nämlich 6 Millionen vom Import, 3 Millionen von Zigarren, 3 Millionen vom Pfeifentabak und sage und schreibe 292 Millionen von der Zigarettenbelastung. Sie sehen die enorme Bedeutung der Zigaretten, deren Produktion die astronomische Zahl von 19 Milliarden Stück erkletterte. 1966 (diese Zahlen sind noch nicht in der Botschaft) betrugen die Nettoeinnahmen zugunsten unseres sozialen Versicherungswerkes 332½ Millionen Franken, also nochmals eine beachtenswerte Steigerung.

In den letzten Jahren konnten Rückstellungen gemacht werden, die 1965 total rund 1223 Millionen Franken betrugen. Diese Rückstellungen konnten Ende 1966 noch auf 1265 Millionen Franken gesteigert werden. Die Ergänzungsleistungen zur AHV rufen aber nach vermehrten Mitteln, die erst in diesem Jahr voll zur Geltung kommen, weil nun alle Kantone ihre Einführungsgesetze dazu unter Dach haben. Dass die Rückstellungen noch nicht angezapft werden mussten, ist der 40prozentigen Erhöhung der Abgaben zu verdanken, zu der der Bundesrat 1963 ermächtigt

wurde. Diese sogenannten Rückstellungen sind eine reine Buchungsangelegenheit. Sie sind in Wirklichkeit nicht vorhanden, wurden laut Beschluss des Bundesrates auch nicht verzinst und sind einfach eine Forderung der AHV dem Bund gegenüber. Dieses für Laien etwas seltsame Finanzgebaren des Bundes stand bei den Beratungen unserer Kommission auch zur Diskussion.

Wir sehen also, dass die Tabakindustrie für den Fiskus eine nicht unwichtige Bedeutung hat. Sie hat aber auch eine gewisse Bedeutung für die darin beschäftigten Leute. Wir finden sie im Pflanzenbau, in der Fabrikation, im Handel und Verkauf. Die Zahl fällt nicht allzu sehr ins Gewicht gegenüber der Gesamtzahl Beschäftigter in der Schweiz. Aber durch die Konzentration der Tabakindustrie in bestimmten Landesteilen und Talschaften ist sie doch wieder von grosser Bedeutung. Die schweizerische Tabakindustrie beschäftigt, laut Angaben auf Seite 6 der Botschaft, etwas über 8000 Personen, im Tabakbau sind beteiligt rund 2500 Personen. Beim Handel finden wir etwas über 100 Grossisten, dazu das Personal von rund 1500–2000 Tabakläden. Weiter werden in zirka 100 000 weiteren Verkaufsstellen und Kiosken Tabakwaren verkauft, so dass man sagen kann, dass ein ganz ordentlicher Prozentsatz unseres Volkes mit der Tabakindustrie verquickt ist. Nehmen wir noch die ganze Welt der Tabakraucher, die AHV-Rentner, so dürfen wir ruhig behaupten: das Tabaksteuergesetz, über das wir heute zu befinden haben, ist für die Schweiz von grosser Bedeutung.

Wie war die Regelung zur Finanzierung der AHV bis jetzt? Die Botschaft ist im Hinblick darauf, dass es sich um ein neues Bundesgesetz handelt, so detailliert gehalten, dass von grossen Kommentaren abgesehen werden kann. Auf Seite 2 der Botschaft sehen Sie die drei Arten Abgaben, die heute noch Rechtskraft haben: Eingangszölle auf Rohtabak und importierten Tabakfabrikaten, Fabrikationsabgabe auf im Inland hergestellten Tabakfabrikaten und Ergänzungsabgabe auf Zigarettenpapier. Letztere hat gegenwärtig keine grosse Bedeutung, könnte aber wichtig werden, wenn die Mode des Zigarettenrehrens wieder Oberhand gewinnen sollte. Dabei konnte der Bundesrat laut Artikel 127 des Bundesgesetzes über die AHV vermehrte Massnahmen treffen zur Sicherung einer bäuerlichen Tabakkultur, zur Erhaltung kleinerer und mittlerer Betriebe, zur Erhaltung der Handarbeit und zur Regelung des Kleinhandels mit Tabakwaren. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe, um es kleineren Betrieben zu ermöglichen, einigermassen konkurrenzfähig zu bleiben. Darüber werden wir noch zu sprechen haben. Ebenfalls besteht ein relativer Preisschutz, der aber durch das berühmte Bundesgerichtsurteil «Konsum Denner contra Oberzolldirektion» etwas ins Wanken geraten ist. Auch über diesen Punkt wird sich unsere Kommission noch speziell äussern.

Hauptgrund, dass der Bundesrat uns ein neues Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung vorschlägt, ist der EFTA-Vertrag. Dabei wollen wir ganz offen reden und vor allzu grossen Illusionen warnen. Wenn der Bund, dessen finanzielles Rückgrat jahrzehntelang die Zolleinnahmen waren, diese verliert, so werden die Einnahmen anderswo gesucht werden müssen. Den Fortfall der Zölle wird am wenigsten der Konsument zu spüren bekommen. Es wird zu Erleichterungen kommen im internationalen Handelsverkehr und zu gewissen Erschwerungen im eigenen Land, wenn Massnahmen getroffen werden müssen, um die Ausfälle zu kompensieren. Dass ich als Laie mich im Gestüpp dieser internationalen Verträge nicht aufs Glatteis begeben möchte, werden Sie mir zubilligen. Ich will also nicht den

Versuch unternommen, meinen rechtskundigen Kollegen im Ratssaal mit juristischen Argumenten beikommen zu wollen. Beim EFTA-Vertrag hat die Schweiz die Tabakkölle als Fiskalzölle bezeichnet. Sie sind vom allgemeinen Abbau ausgenommen und unterliegen nur der Bestimmung in Artikel 6 des EFTA-Vertrages, dass auf gleichen eingeführten Waren keine höheren fiskalischen Abgaben erhoben werden, als auf gleichen inländischen Waren. Bestand bei Inkraftsetzung des Übereinkommens noch eine Differenz zugunsten der Schweiz, so musste dieses sogenannte «Schutzelement» noch abgebaut werden. Das geschah in zwei Etappen, zuletzt auf den 1. Januar 1965. Um alle diese Massnahmen durchzuführen und die bisherigen Erträge sicherstellen zu können, hat man sich mit einer Übergangslösung beholfen. Diese ist aber in bezug auf Behandlung der von unserer Tabakindustrie mit inländischem Tabak hergestellten Fabrikate nicht EFTA-konform. Oder, wie es die Botschaft sagt, bei Gleichstellung für unsere Tabakindustrie, die mit Inlandtabak arbeitet, nicht tragbar. Man hat sich auch gefragt, ob überhaupt eine Neuordnung einzuführen sei oder ob man sich mit Übergangslösungen, wie das jetzt geschieht, weiter behelfen soll. Man weiss ja nicht, wie lange die EFTA noch Bestand hat, man weiss noch nicht, wieweit die Bestrebungen im GATT Einfluss auf die übrigen schweizerischen Zölle haben. Neuerdings dürfen wir den erfolgreichen Abschluss der sogenannten Kennedy-Runde zur Kenntnis nehmen. Kommt es in diesem Zusammenhang etwa zu einem Näherrücken von EFTA und EWG? Da sich aber scheinbar alle zuständigen Instanzen für eine Neukonzipierung ausgesprochen haben, hat dies unsere Kommission eigentlich diskussionslos zur Kenntnis genommen. Hauptziel dieses neuen Bundesgesetzes sind:

1. Die Sicherung der finanziellen Erträge aus der Tabakbesteuerung für die AHV. Die Regelung soll ungefähr gleichviel abwerfen wie die bisherigen Massnahmen. Für den Konsumenten soll weder eine Neubelastung noch eine Entlastung resultieren.

2. Die Regelung soll so gestaltet sein, dass mit geringfügigen Änderungen zukünftigen internationalen Vereinbarungen Rechnung getragen werden soll.

3. Das Gesetz soll in administrativer Hinsicht keine grossen Änderungen bringen. Es wird bei den Zigarrenfabrikanten eine Umstellung in der Buchhaltung erfordern; bei der Oberzolldirektion nach Aussage derselben höchstens ein bis zwei zusätzliche Arbeitskräfte.

Wie sieht nun dieses Bundesgesetz aus? Ganz einfach ausgedrückt, wird die Belastung des Tabaks von der Grenze weg ins Innere verlegt, von den Zöllen auf Rohtabak weg zu einer Besteuerung von Fertigfabrikaten und zwar werden alle Zölle auf Rohtabak aufgehoben, auch die aus Nicht-EFTA-Ländern. Bestehen bleibt einzige die Zollbelastung zur Einfuhr von Fertigfabrikaten aus Nicht-EFTA-Ländern. Als Bemessungsgrundlage für die Besteuerung dienen für Zigarren und Zigaretten je 1000 Stück, für Schnitt-Kautabak usw. das Kilo Eigengewicht, für Zigarettenpapier das Blättchen oder die Hülse, dazu kommt als Bemessungsgrundlage auch der Detailpreis für Zigaretten, die keine entrippten oder weiterbearbeiteten Rohtabak einführen. Die Ansätze für diese Neubesteuerung finden Sie in den Tabellen auf Seite 73-77, die wir im Zusammenhang mit Paragraph 11 zu behandeln haben.

Man mag unserer Kommission vorwerfen, sie sei einseitig zusammengesetzt; sogar in einer gewissen Presse, im Fernsehen und Radio wurden massive Angriffe gegen diese Kommission gestartet. Aber kein einziges Mal wurde ein Mitglied der Kommission zur Diskussion eingeladen. Diese unfaire Art der Apostrophierung muss ich doch im Namen

unserer Kommission mit aller Schärfe zurückweisen. Wohl sind wir 5 Aargauer in der Kommission vertreten. Ich möchte Sie bitten, in der Kommissionsliste nachzuschauen. Sie werden dann eine ganze Reihe Kommissionen finden, wo andere Kantone das Schwergewicht haben. Natürlich ist diese Tabakvorlage für den Aargau – auch für andere Kantone, aber auch für den Aargau – von grösster Bedeutung, weil fast 90% der Zigarren- und Stumpenproduktion im Aargau beheimatet sind, wie in bestimmten Landschaften, dem Wynental, dem Seetal und der Gegend von Rheinfelden. Es mag bezeichnend sein, dass die aargauische Regierung mit all ihren eidgenössischen Parlamentariern, mit den Gewerkschaften und Fabrikanten zusammengesessen ist und die Lage im Hinblick auf die Entwicklung der Beschäftigung ernsthaft diskutiert hat. Mit Absicht hat auch unsere Kommission im Herzen der aargauischen Tabakmetropole getagt, um wirklich einen Einblick zu erhalten, wie es dort aussieht, wo eine ganze Landschaft mit der Tabakindustrie ausserordentlich stark verbunden ist. Auf Schritt und Tritt mussten wir feststellen, wie die Bevölkerung wegen des neuen Tabakgesetzes gewisse Sorgen hat und in diesen Tagen gespannt nach Bern schaut. Unsere Kommission ist dreimal zusammengetreten, erstmals im Januar in Rheinach, kurz vor der Frühjahrssession, zu einer zweiten Lesung in Bern und zuletzt am 22./23. Mai wieder in Bern. Man wird erstaunt sein, dass eigentlich nicht viel Abänderungsanträge gestellt werden, aber die Diskussion bewegte sich doch um folgende Punkte: 1. Die Nichtverzinsung der AHV-Rückstellungen, 2. die Beiträge an die Tabakpflanzer aus den Einnahmen der Tabakbesteuerung, 3. die Ermässigungen und 4. der relative Preisschutz.

Nur einige Bemerkungen im Eintretensreferat zu allen vier Punkten. Einmal zur Nichtverzinsung der AHV-Rückstellungen. Diese Rückstellungen haben nichts zu tun mit dem AHV-Fonds, der, mit den gesetzlichen Beiträgen geäufnet, zur Zeit der grosse Geldgeber vieler Gemeinden und Institutionen ist. Es sind Mehreinnahmen, die über die gesetzlich gebundenen Beiträge zusätzlich einkassiert werden konnten und als Rückstellungen oder Nebenfonds bezeichnet werden. Vor allem die Einnahmen aus den Tabakkölle sind ein solcher Segenspender. Unter dem Titel «Die Nichtverzinsung der AHV-Nebenfonds» hat der «Schweizerische Beobachter» im Januar 1967 eine 14seitige Anklageschrift über die sogenannte Finanzmanipulation des Bundes herausgegeben. Auch wenn unsere Kommission sich mit dieser Sache nicht direkt zu befassen hatte, macht doch die Summe der Rückstellungen einen gewissen Eindruck, der zu Diskussionen führen könnte. Diese Rückstellungen (ich habe das eingangs des Referates schon gesagt) betragen 1265 Millionen, aus den, nach den heutigen Zinsfüssen verzinst, ein erkleckliches Säumchen resultieren könnte. Nun sind aber laut Beschluss des Bundesrates vom 6. September 1949 diese Rückstellungen nicht verzinst worden. Das Parlament hat diese Praxis in Verbindung mit andern gleichwertigen Posten sanktioniert. Wir müssen feststellen, dass diese Praxis auch von Kantonen geübt wird, ohne dass es jeweils zu Debatten oder revolutionären Awandlungen gekommen wäre. Diese Gelder sind in Wirklichkeit gar nicht vorhanden; sie stellen einfach einen Rechtsanspruch dar, der vielleicht schon morgen oder übermorgen aus dem Finanzaushalt des Bundes heraus geltend gemacht werden muss. Diese Rückstellungen brauchen also nicht Gegenstand unserer Debatte zu bilden. Die entsprechenden Begehren müssten in einem andern Zusammenhang ausserhalb des Tabakgesetzes gestellt werden.

Nun zu den Beiträgen an die Tabakpflanzer aus den Einnahmen der Tabakbesteuerung. Der Tabakpflanzenbau ist in der Schweiz ja älter als man glaubt. Als man mit Sittenmandaten dem erregenden Gefühl des Tabakrauchens nicht mehr beizukommen wusste, kehrte man den Spies um und förderte aus fiskalischen und wirtschaftlichen Gründen den Anbau. So blickt nun der Tabakbau bei uns auf eine über 200jährige Geschichte zurück. Aus dem vielgeschnödeten Kraut des «Murtener Kabis» ist mit der Zeit ein richtiger Qualitätstabak geworden. Dazu trugen bei Forschung, Auslese, strenge Qualitätsbewertung, die von den in der Botschaft erwähnten Organisationen gepflegt wurden. Flächenmäßig nicht ins Gewicht fallend, gibt der Anbau doch einigen Gegenden doch das Gepräge, so im Broyetal, im Rhonetal, im Tessin und im kleineren Ausmasse in einigen andern Talschaften. Diesem Tabakbau wurden gewisse Vorteile eingeräumt, die nun durch den EFTA-Vertrag dahinfallen mussten. Immerhin war trotz des Zollschutzes der Inlandtabak mit einer Fabrikationsabgabe belastet, die der AHV seit ihrer Einführung runde, schöne 250 Millionen eingebbracht hat. Mit dem neuen Steuergesetz, das eben EFTA-konform sein soll, wird der Inlandtabak für die Verarbeitung zu teuer, so dass er wie andere landwirtschaftliche Produkte nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen wäre. Das wollte niemand, und so wird in Artikel 26 festgelegt, dass der Bund Beiträge an die Pflanzer gewähren soll, damit sie zu kostendeckenden Preisen kommen. Der Bund gibt also mit der einen Hand, was er mit der andern Hand nimmt. Einig war man sich in der Kommission, dass den Pflanzern geholfen werden muss. Diskutiert wurde aber darüber, ob man die ganze Geschichte ausserhalb der Tabakordnung lösen soll. Schliesslich fand man sich darin, der Meinung des Bundesrates zuzustimmen. Tabakbau, Tabakimport, Fabrikation und Verkauf bilden eine Einheit, die nicht ohne Gefahr der Härte zerstört werden sollte. Das neue Tabakgesetz will ja nicht Mehreinnahmen bringen, sondern ungefähr die gleichen Beträge sichern. Das ist als Versprechen gegenüber der Raucherwelt aufzufassen. Mit der vorgesagten Lösung ist das auch der Fall, auch wenn die Beiträge an die Pflanzer aus dieser Einheit der Tabakbesteuerung stammen. Die Pflanzer können auf lange Sicht disponieren, was nicht der Fall wäre, wenn die Beiträge Jahr für Jahr ausserhalb der Tabakgesetzgebung neu festgelegt werden müssten. Da namhafte Juristen diese Interpretation unterstützen, lag es nicht an uns, über unsern eigenen Schatten springen zu wollen.

Zu den Ermässigungen für kleine und mittlere Betriebe auch einige Bemerkungen: Nebst dem Preisschutz waren diese bisherigen Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe für kleine und mittlere Betriebe ein Hauptpunkt der Diskussion innerhalb unserer Kommission. Aber hier sind wir wenigstens zu einer Einigung gelangt und unterbreiten im Einverständnis mit dem Bundesrat statt Artikel 47, Absatz 1, einen neuen Artikel 11 bis. Eingehendere Ausführungen werde ich in der Detailberatung bei der Begründung dieses Artikels machen. Im Eintretensreferat nur einige Bemerkungen in Schlagzeilen:

Seit 20 Jahren erhalten die oben erwähnten Betriebe zu ihrer Erhaltung nach Gesetz Steuerermässigungen. Fiskalisch spielen sie keine grosse Rolle; sie erreichen kaum 1% der Nettoeinnahmen aus der Tabakbelastung. Wirtschaftlich sind sie aber von grosser Bedeutung, vor allem für die Talschaften mit Stumpen- und Pfeifentabakproduktion. In der Botschaft glaubt der Bundesrat die Aufhebung der Ermässigungen aus zwei Gründen vorschlagen zu müssen. 1. Vorstoss gegen das EFTA-Abkommen wegen unterschiedlicher Behandlung; 2. der Eingriff in die

Handels- und Gewerbefreiheit sei nicht mehr begründet; man könne höchstens eine Gnadenfrist bis 1972 gewähren, dann aber Schluss. Dieser Ansicht konnte sich die Kommission nicht anschliessen, vor allem wenn recht dezidiert verkündet wird, es hätten dann x Betriebe über die Klinge zu springen.

Einmal konnte die Mehrheit der Kommission nicht einsehen, dass, wenn EFTA-Mitglieder, wie etwa Österreich, ihre Tabakfabriken ganz anders schützen als wir in der Schweiz, wir päpstlicher sein sollten als der Papst. Dann konnten wir uns der Meinung der Kartellkommission nicht anschliessen, dass, was 20 Jahre Gültigkeit hatte, jetzt plötzlich nicht mehr wahr sein soll.

Aber immerhin, wir konnten uns schliesslich alle in Minne finden. Wir glauben, wenigstens in diesem Punkte den Stein der Weisen gefunden zu haben. Der Bundesrat wird nicht verpflichtet, die Ermässigungen aufzuheben, sondern er erhält die Befugnis, dies zu tun. Weiter erhält die Zigarren- und Pfeifentabakindustrie die Möglichkeit, mit einer Art Ausgleichskasse an Stelle von Ermässigungen Beiträge auszurichten. Beim Zustandekommen einer solchen Regelung könnte der Bundesrat den Steuersatz um höchstens 20% senken. Aber wie gesagt, in der Detailberatung werde ich beim neuen Artikel 11 bis die Auffassung von Bundesrat und Kommission näher umschreiben.

Und nun doch noch etwas zum Preisschutz: Die teilweise zustimmenden, teilweise bissig ablehnenden Kommentare in den Zeitungen lassen erwarten, dass schon in der Eintretensdebatte die ersten Scharmützel um den Preisschutz sich entwickeln werden. Wenn auch die grosse Mehrheit der Kommission von Anfang her dem Preisschutz sympathisch gegenüberstand, hat sie sich nicht etwa leichtfertig in ein Abenteuer gestürzt, sondern sich erst in der dritten Sitzung der zweiten Maihälfte ein abschliessendes Urteil gebildet. Leider konnte in diesem Punkte keine Angleichung an die Auffassung des Bundesrates erzielt werden. Die Kommission hat sich mit ihrem neuen Artikel 15 bis in Gegensatz zu ihm gestellt. Den Artikel werde ich in der Detailberatung näher erläutern.

Wir müssen feststellen, dass der Preisschutz im Tabaksektor trotz Jahrzehntelanger Erfahrungen immer noch ein schwieriges Problem darstellt. 1938 als Notmassnahme gegen den drohenden Zusammenbruch im Tabakhandel eingeführt, erhielt er 1946 in der AHV-Gesetzgebung ordentliches und häusliches Recht. Der Bundesrat hat laut Artikel 127 die Befugnis, den Kleinhandel mit Tabakwaren zu regeln. Durch die Verordnung geschah das in Form des relativen Preisschutzes, also unter Zulassung gewisser Rabatte und Rückvergütungen.

Weshalb nun dieses Rechtsumkehrte des Bundesrates? Vorweg gesagt, steht in dieser Frage das Stockholmer Abkommen der EFTA nicht zur Diskussion. Es ist also eine rein innerschweizerische Angelegenheit. Der Haupteinwand kam von der Kartellkommission. Sie macht geltend, Mindestpreisvorschriften im Kleinhandel seien mit der Bundesverfassung nicht vereinbar. Der Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit sei nicht im Gesamtinteresse, und der zu schützende Wirtschaftszweig sei in seiner Existenzgrundlage nicht bedroht; im Gegenteil, die Zahl der Verkaufsstellen (über 100 000) sei zum Beispiel übersetzt und abbauwürdig; der Fiskalertrag für die AHV sei nicht gefährdet.

Im Gegensatz dazu vertritt alt Bundesrichter Abrecht die Auffassung, dass die Aufhebung des Preisschutzes den Detailhandel und auch den Grosshandel schwer schädigen würde, dass die kleinen Fabriken die Auswirkungen

empfindlich zu spüren bekämen. Ein Entscheid liege im Ermessen des Gesetzgebers.

Unsere Kommission vertritt einheitlich, mit einer Ausnahme, folgende Meinung: Nur durch die bestehende Ordnung konnte 30 Jahre lang im Sektor Tabak vernünftig gewirtschaftet werden. Soll eine gute Ordnung nun partout aufgegeben werden, nur um wieder einmal feststellen zu können, dass sie vielleicht schleunigst wieder eingeführt werden sollte? Die Preise im Tabakhandel sind erträglich, sogar niedriger als in den meisten ausländischen Staaten. Natürlich ist die Zahl der Verkaufsstellen gestiegen. Aber die Bevölkerung ist in dieser Zeit auch um 2 Millionen gewachsen, und die Zigarettenproduktion ist um mehr als das Achtfache gestiegen. Viele Inhaber von Kiosken, die nun nach Meinung der Kartellkommission zu verschwinden hätten, sind vielfach alte Leute, Invaliden. Sie erhalten mit dem Tabakhandel nicht einen riesigen, aber doch einen fühlbaren Zustupf. Dann hat die Schweiz ein Sortiment von Tabakwaren anzubieten, wie das in keinem Land sonst der Fall ist. Dank des Preisschutzes spielte sich der eigentliche Konkurrenzkampf der Tabakfabriken mehr um den empfindlichen Rauchergaumen, also über die Qualität ab. Der Fall des Preisschutzes wird dann aber zum nackten Kampf um den Detailpreis werden. Ob das der Qualität zuträglich ist, können sogar Nichtraucher ahnen. Dann bilden auch die Detailpreise eine vorläufig – zugegeben – bescheidene Rolle für den Steuersatz. Sollte man aber bei mangelnden Mitteln für die AHV die Wertprogression einmal verschärfen, dann könnte es ernsthafte Folgen zeitigen.

Dass der Bundesgerichtsentscheid in Sachen Denner/Oberzolldirektion dem Ruf nach Abbau des Preisschutzes Auftrieb verlieh, mag begreiflich sein. Wer aber die Begründung des Urteils liest, muss feststellen, dass es um etwas ganz anderes geht, nämlich um die Gleichbehandlung der Rabatte. Dass extra erwähnt wird, es könne sich auch um einzelne Tage handeln, wo der private Rabatt dem Genossenschaftsrabatt gleichgestellt werden könne, zeigt doch die Problematik dieser Preisunterbietungen.

Man spricht beim neuen Tabakgesetz im Zusammenhang mit dem Preisschutz von einem Testfall. Das will meinem Laienverstand nicht eingehen. Ausgerechnet auf dem Buckel der AHV-Finanzierung, ausgerechnet bei einem Genussmittel, das zu Süchtigkeit führen kann, statt bei Lebensmitteln und Waren des täglichen Gebrauchs, will man wie in der Arena zur Ausmarchung antreten. Andere Staaten haben das Tabakmonopol: Frankreich, Österreich, Italien. Sogar die liberale, kartellfeindliche Bundesrepublik Deutschland hält am Preisschutz für Tabakwaren fest.

Als Laie will ich nicht mit spezifisch juristischen Kampfparolen in den Ring steigen. Diesen Hosenlupf werden meine rechtsgelernten Ratskollegen besser zu bestehen wissen. Aber ich muss nochmals feststellen, dass es nicht nur um juristische Probleme geht, sondern auch um menschliche Schicksale, die uns näher stehen. In diesem Sinne votiert unsere Kommission für Beibehaltung des relativen Preisschutzes.

Das waren im grossen ganzen die vier gewichtigen Brocken unserer Diskussionen. Das Dafür und Dagegen wurde sachlich erörtert. Es wurde nicht nur in den Kommissionssitzungen gearbeitet, sondern auch in der Zwischenzeit. Kollege Widmer beispielsweise brütete fast nächtelang über einer Lösung bei den Ermässigungen. Die Kollegen Binder und Schütz rangen um Formulierungen beim Preisschutz. Und Kollege Leuenberger, der heute

leider in Rom ist und nicht anwesend sein kann, liess es sich nicht nehmen, die Tabakpflanzer an Ort und Stelle aufzusuchen. Kollege Glasson als Tabakfachmann – Sie wissen genau, dass es auch solche Leute in einer Kommission braucht – konnte doch manchen wertvollen Hinweis geben. Kollege Vontobel, in der Opposition, hat scharf, aber fair seine kritische Einstellung bekundet, usw. Ich danke allen andern Votanten in der Kommission für ihre wertvolle Mitarbeit, aber auch dem Bundesrat und der Verwaltung für die Vorbereitungen und sachgemäße Mitwirkung. Leider konnten wir in einem wesentlichen Punkt die Sache nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wir hoffen aber gerne, dass die Debatte im Rate klarend wirken möge. Wir möchten Sie namens der fast einstimmigen Kommission ersuchen, auf die Vorlage einzutreten.

M. Thévoz, rapporteur de la majorité: Les répercussions de l'intégration du continent européen sur la structure politique, économique et financière de notre pays ont, à maintes reprises déjà, retenu l'attention de notre Conseil. Cependant, à part nos débats sur la participation de la Suisse à la Convention de Stockholm du 4 janvier 1960 instituant l'Association européenne de libre-échange (AELE), nos discussions nous ont rarement conduits à prendre des décisions formelles sur des points concrets. Le message qui nous est soumis par le Conseil fédéral nous permettra de déroger à cette habitude. Depuis nos délibérations sur le Traité de Stockholm, c'est en effet la première fois que notre Conseil est appelé à s'occuper, dans un secteur déterminé et important – celui de l'industrie et de l'imposition du tabac –, des répercussions directes de l'appartenance de notre pays à la zone de libre-échange sur notre droit national. La révision du système actuel d'imposition du tabac – qui, dans l'ensemble, donne satisfaction – ne remonte pas à une initiative autonome du Conseil fédéral, mais résulte des engagements que notre pays a contractés lors de la création de l'AELE.

Cette constatation importante étant faite (et qui doit demeurer présente à notre esprit tout au long des débats), il me paraît utile, avant d'aborder le côté technique du projet, de faire ressortir en quelques traits d'une part, l'importance du tabac dans l'économie du pays et, d'autre part, le rendement de la fiscalité sur le tabac. Le message très détaillé du Conseil fédéral me dispense de citer beaucoup de chiffres. Voyons tout d'abord l'importance de la main-d'œuvre travaillant dans la branche:

Environ 2500 planteurs et leurs familles s'adonnent à la culture du tabac dans notre pays. L'industrie du tabac (qui comprend les fabriques de cigarettes, de tabac à pipe et de cigarettes) occupe au total près de 8000 personnes. Le commerce du tabac englobe environ 130 grossistes, 1500 magasins spécialisés (qui ne vendent que des tabacs manufacturés) et plus de 100 000 détaillants les plus divers (dont le chiffre d'affaires ne provient pas exclusivement de la vente de tabacs). En y ajoutant les fumeurs et les bénéficiaires présents ou futurs de l'AVS, nous pouvons dire que l'ensemble du peuple suisse est intéressé à ce problème.

Du point de vue de la production, la culture indigène, pratiquée sur une surface totale ne dépassant pas 1000 ha (808 ha en 1965), produit environ 2000 tonnes de tabac par an. Cela représente à peu près le dixième des besoins de l'industrie en tabacs bruts.

Notons en passant que le mildiou du tabac, qui fit son apparition vers 1960, a provoqué une diminution sensible de la production indigène. Cette maladie a été heureusement vaincue grâce à la collaboration active des stations

fédérales d'essais agricoles, de l'industrie du tabac, et, naturellement, des cultivateurs.

En 1966, la production suisse a atteint (ces chiffres ne figurent pas dans le message): 695 millions de pièces de cigarettes, 1,3 millions kg de tabac pour la pipe, 15,6 milliards de pièces de cigarettes.

En 1965, la production en cigarettes s'élevait à plus de 19 milliards. Elle a reculé, probablement momentanément, à la suite de l'augmentation des taxes décrétées par l'arrêté fédéral du 21 décembre 1965.

Du point de vue du rendement fiscal, l'année dernière, les recettes nettes fournies par l'imposition du tabac atteignaient 332,6 millions. Sur ce montant, 321,7 millions provenaient de la fabrication nationale des cigarettes, 3,6 millions des cigares et 2,8 millions du tabac pour la pipe. Les droits perçus sur l'importation de produits manufacturés s'élevaient à 4,5 millions.

Voyons pour quels motifs plus précis notre appartenance à la zone de libre-échange nous oblige à reviser le régime actuel d'imposition, et en quoi consiste la nouveauté du système proposé:

Le régime actuel repose sur les trois redevances suivantes:

1. les droits de douane, perçus à l'importation des tabacs bruts et des produits terminés (cigarettes, cigares, etc.);

2. la taxe de fabrication, perçue sur la production nationale d'après le nombre de pièces et le poids en ce qui concerne les cigarettes, et d'après le poids du tabac utilisé en ce qui concerne les autres produits;

3. la taxe sur le papier à cigarettes qui complète le système, mais dont je peux faire abstraction – vu son rendement minime – dans cette partie de mon exposé.

En outre, les petites et moyennes entreprises, dont la production ne dépasse pas un certain volume, bénéficient d'une taxe de fabrication réduite. De même, l'utilisation, à partir de 50%, de tabac indigène pour les cigarettes bon marché, entraîne également une diminution de la taxe de fabrication. D'ailleurs, j'aurai l'occasion de reparler de ces deux dernières mesures.

Voici pour quelles raisons le régime actuel n'est pas conforme à la Convention instituant l'Association européenne de libre-échange:

A l'exception des droits de douane sur les produits agricoles et des droits fiscaux, les droits de douane ne sont plus, depuis le début de cette année, applicables à l'importation des marchandises originaires des pays faisant partie de la zone de libre-échange. En ce qui concerne les droits fiscaux, les Etats membres doivent s'abstenir d'appliquer directement ou indirectement aux marchandises importées des charges supérieures à celles qui frappent directement ou indirectement des marchandises nationales similaires. Si l'imposition des marchandises importées est plus élevée que celle des produits indigènes similaires, les Etats membres sont tenus d'éliminer la différence, parce qu'elle représente une marge de protection.

En juin 1960, la Suisse notifia aux organes institutionnels de la zone de libre-échange sa liste de droits fiscaux, qui comprenait, entre autres, les droits de douane sur les tabacs, et s'engageait à éliminer l'élément protecteur que ces derniers droits comprenaient, jusqu'au 1<sup>er</sup> janvier 1965, délai qui n'a pas pu être tenu. L'adoption de ce projet de loi nous permettra précisément d'honorer nos engagements.

En préparant le projet de révision, le Conseil fédéral a également tenu compte de l'évolution que peut prendre, à plus ou moins longue échéance, l'intégration économique

de l'Europe. On sait, d'une part, que cette intégration entraîne une érosion graduelle des droits de douane et des taxes perçues à la frontière et que, d'autre part, les recettes nettes, provenant de l'imposition du tabac, sont affectées à la couverture des obligations financières de la Confédération à l'égard de l'AVS.

En conséquence, le Conseil fédéral propose d'abolir les droits de douane perçus à l'importation sur les tabacs bruts, et cela sans égard à leur provenance. Ces droits de douane sont remplacés par un nouvel impôt sur le tabac manufacturé. Cet impôt est perçu aux mêmes conditions aussi bien sur la production nationale que sur les produits importés. De cette manière, les tabacs manufacturés en provenance de la zone de libre-échange ne sont plus soumis à des charges fiscales supérieures à celles supportées par les produits fabriqués en Suisse. Toute marge de protection disparaît. Par contre, à l'égard des tabacs manufacturés en provenance d'autres pays, cette protection subsiste sous forme de droits de douane qui sont mentionnés à l'annexe V au projet de loi. Pour être complet, j'ajoute que la taxe sur le papier à cigarettes est maintenue.

Pour opérer la transposition du régime présent dans le système qu'il nous propose, le Conseil fédéral a tenu compte de la structure de l'industrie et s'est efforcé d'éviter de bouleverser les conditions de concurrence entre les différentes entreprises. Une solution ignorant complètement la situation présente aurait risqué de compromettre l'équilibre actuel ou la répartition des forces à l'intérieur de la branche.

Avant de clore cette partie de mon rapport, à la technicité parfois rébarbative, il faut encore souligner que le nouveau système ne devrait entraîner aucune augmentation des recettes. Seule la taxe sur le papier à cigarettes sera augmentée de 50% afin d'être alignée sur l'augmentation des droits sur les cigarettes entrée en vigueur au début de 1966.

Je passe maintenant à l'étude des trois points qui ont particulièrement retenu l'attention de votre commission.

Premier point: réductions d'impôt pour petites et moyennes entreprises. L'article 127, alinéa 1, lettre b, de la loi sur l'AVS accorde au Conseil fédéral le droit de prendre des mesures en faveur des petites et moyennes entreprises de l'industrie du tabac. Selon cette compétence, le Conseil fédéral réduit, depuis 20 ans, la taxe de fabrication que doivent payer les entreprises dont la consommation en tabac brut ou la production ne dépasse pas un certain volume. De cette manière, il a été possible de sauvegarder l'existence des petites et moyennes entreprises et de les mettre à l'abri, du moins partiellement, des tentacules des grandes entreprises. Ainsi, dans la branche du cigare et du tabac à pipe, sur 50 entreprises qui fabriquent soit l'un ou l'autre genre de produits, soit les deux, 25 exploitations sont classées parmi les petites et 22 parmi les moyennes entreprises. Parmi ces 47 petites et moyennes entreprises, 26 sont situées dans le canton d'Argovie. Payerne est aussi intéressé par cette activité. Dans le secteur de la cigarette, la mécanisation très poussée de la fabrication, la recherche de l'article de masse – et non de la petite série – les frais élevés de publicité pour le lancement de nouvelles marques, etc., ont poussé les petites et moyennes entreprises à se rapprocher des grandes. Une concentration de plus en plus prononcée a marqué ces dix dernières années.

Au point de vue financier, les réductions d'impôts se chiffraient en 1965 à 2,8 millions de francs et en 1966 à 2,2 millions au total. Elles n'atteignent donc même pas 1% des recettes nettes sur le tabac. A peu près la moitié

de ces ristournes vont à la branche du cigare et du tabac à pipe.

Dans son projet, le Conseil fédéral envisage d'abolir les réductions en faveur des petites et moyennes entreprises. Pour justifier ses intentions, il évoque tout d'abord le Traité de Stockholm sur la zone de libre-échange, qui prévoit l'abolition de toute discrimination fiscale au détriment des produits importés. Cependant, le Conseil fédéral n'entend pas supprimer brutalement les réductions et vous propose d'aménager une période de transition jusqu'en 1972 au plus tard, en prorogeant jusqu'à cette échéance l'article 127, alinéa 1, lettre b, de la loi de l'AVS.

Votre commission s'est longuement penchée sur le problème des réductions d'impôts en faveur des petites et moyennes entreprises. Cette forme d'exploitation est due au genre de fabrication qui exige une grande part de travail manuel pouvant être accompli par une main-d'œuvre féminine difficilement reclassable ailleurs. Pour celle-ci, l'occupation dans une fabrique de cigarettes fournit un appoint permettant d'améliorer le revenu familial.

Après des discussions approfondies, votre commission est arrivée à la conviction unanime que les réductions d'impôts devaient être maintenues en faveur de ces entreprises. Tout en demeurant acquise au principe traditionnel du respect des traités, elle a estimé que les allégements fiscaux n'étaient pas de nature à entraîner une discrimination dangereuse et injuste des produits importés. Par ailleurs, l'accès des articles suisses aux autres marchés nationaux réunis dans la zone de libre-échange rencontre parfois de grosses difficultés dues à des réglementations aux effets également discriminatoires. Nous n'avons donc aucune raison de faire de l'excès de zèle. Enfin, l'évolution incertaine de l'intégration économique de notre continent exige une certaine prudence.

Sur le plan du droit national, elle a admis que les allégements ne représentaient pas forcément une atteinte aux articles économiques de la constitution en ce sens qu'ils sont davantage dictés par le souci d'adapter équitablement les charges aux possibilités des exploitations que par des considérations de politique économique. Tout en admettant le bien-fondé de l'avis consultatif exprimé par la commission des cartels, votre commission a estimé qu'il fallait procéder avec prudence lorsqu'il s'agissait de proroger ou de supprimer une réglementation qui, restée en vigueur durant de nombreuses années, avait contribué à modeler, d'une manière particulière, la structure d'une industrie.

En vous proposant de maintenir les réductions d'impôts en faveur des petites et moyennes entreprises, votre commission ne s'est pas contentée de reprendre à son compte les textes appliqués actuellement.

D'une part, elle a estimé que les allégements fiscaux n'étaient pas destinés à récompenser l'immobilisme, mais devaient au contraire contribuer à favoriser l'amélioration de la rentabilité de ces fabriques. En conséquence, elle a même accordé au Conseil fédéral la compétence de réduire de 20% au maximum le taux d'impôt lorsque l'industrie prend, sur une base inter-professionnelle, des mesures destinées à augmenter la rentabilité des petites et moyennes entreprises.

D'autre part, votre commission a également estimé qu'en raison de nos obligations issues de la zone européenne de libre-échange et en prévision de l'évolution possible du problème de l'intégration, il ne pouvait être question de proroger les réductions d'impôts d'une manière indéterminée. Aussi a-t-elle proposé d'autoriser le Conseil fédéral à supprimer les réductions d'impôts, en ce qui

concerne les cigarettes, à partir du 31 décembre 1968 et, en ce qui concerne les cigares et le tabac à pipe, à partir du 31 décembre 1972.

Les propositions de la commission font l'objet de l'article 11 bis.

Deuxième point: protection des prix. Un des points les plus discutés a été celui de la protection des prix. La presse en a déjà parlé, et le bruit court qu'un référendum serait lancé contre le projet de loi si la clause de la protection des prix dans la branche du tabac devait être maintenue. Aussi vaut-il la peine de s'arrêter plus longuement sur cette question d'autant plus qu'elle formera probablement la pièce de résistance de nos propres discussions.

Tout d'abord, je tiens à préciser que la décision de votre commission de présenter, sur ce point, une proposition dépassant le projet du Conseil fédéral a été prise après mûres réflexions. Ce n'est qu'à la troisième séance qu'il a été possible de s'entendre sur le texte qui vous est proposé.

La question du maintien de la protection des prix a été étudiée de manière approfondie au cours des travaux préparatoires concernant la nouvelle réglementation de l'imposition du tabac. Au cours de la phase consultative, la direction de l'Union suisse du commerce et de l'industrie, l'Union des arts et métiers ainsi que les associations de l'industrie du tabac se prononcèrent en faveur du maintien de la protection des prix. Par la suite, le Conseil fédéral soumit son avant-projet à la commission des cartels qui s'exprima de manière détaillée sur le problème de la garantie des prix. Votre commission a pris connaissance du rapport de la commission des cartels. Par ailleurs, les conclusions de celle-ci sont résumées fidèlement aux pages 41 à 43 du message du Conseil fédéral.

Dans son projet, le Conseil fédéral s'est rallié aux conclusions de la commission des cartels et envisage la suppression de la protection des prix après une période transitoire s'étendant jusqu'à fin 1970.

Votre commission n'a pas accepté sur ce point le projet du Conseil fédéral. Elle propose le maintien de la protection des prix, mais reconnaît en même temps le caractère licite des rabais. Elle délègue au Conseil fédéral la compétence de préciser les détails, en particulier de fixer le taux maximum des rabais, étant entendu que la réglementation envisagée devrait être aussi simple que possible. Des voix se sont élevées au sein de la commission contre la complexité du régime actuel.

Quels ont été les arguments et les réflexions des membres de votre commission? Il me semble qu'on peut les résumer de la manière suivante:

La protection des prix dans le commerce de détail du tabac existe depuis 1938. Elle n'a pas nui à la qualité des produits mis sur le marché. Elle n'a pas conduit à des abus de la part des fabricants puisque les prix pratiqués sur le marché suisse sont parmi les plus bas en Europe. Certes, la politique raisonnable suivie par la Confédération en matière d'imposition du tabac y a contribué également. Sur la base de cette politique et de cette situation de droit, le commerce de détail s'est développé dans le sens d'une décentralisation très forte des points de vente.

Il paraît que, comparativement au chiffre total de la population, cette décentralisation est la plus forte en Europe. Doit-on s'en plaindre? Le consommateur y trouve très certainement aussi son compte puisqu'il peut acheter son tabac ou ses cigarettes pratiquement n'importe où et partout au même prix, même dans les régions les plus défavorisées du point de vue des transports. Cette décentralisation très poussée des points de vente a, par ailleurs,

permis à un très grand nombre de personnes de s'établir ou de trouver leur gagne-pain dans le commerce de détail. Ces personnes, généralement d'origine modeste, souvent de santé déficiente, forment un apport non négligeable à la conservation d'une certaine classe moyenne utile à l'équilibre sociologique du pays. Le reclassement de ces personnes dans d'autres professions serait assez problématique. La garantie des prix a également facilité la création de magasins spécialisés, dont l'assortiment très complet comprend presque toute la production suisse. Or, la suppression de la garantie des prix détruirait en partie ou, pour le moins, ébranlerait très fortement la structure de ce commerce de détail. On assisterait sans aucun doute à la disparition d'un certain nombre de points de vente et à une concentration que certains pourraient rechercher avec d'autant plus de vigueur et d'âpreté que la suppression de la garantie permettrait le gâchage des prix. Finalement, l'emporteraient ceux qui seraient économiquement les plus forts ou qui disposeraient de moyens leur permettant de récupérer le sacrifice consenti pour le tabac sur d'autres marchandises. Personne ne croira que les rabais presque astronomiques pratiqués par certains le sont uniquement par amour envers le consommateur. Dans de tels cas, le tabac est tout simplement utilisé comme appât destiné à attirer le plus grand nombre possible d'acheteurs, et dans l'espoir d'augmenter le chiffre d'affaires sur d'autres marchandises.

On peut aussi se demander s'il est indiqué de libérer entièrement les prix, et de rendre ainsi possible leur gâchage, pour un article dont les effets sur la santé humaine sont contestés. Le tabac est un article de très grande consommation. Le gâchage, pratiqué sur une grande échelle, peut conduire à une baisse de la qualité. En effet, pour compenser leurs pertes, certains pourraient avoir tendance à se retrouver sur la qualité, ce qui ne serait certainement pas dans l'intérêt de la santé des fumeurs.

D'autres répondront que les abus du tabac pourraient être réprimés par une augmentation des impôts sur le tabac. Il ne faut pas oublier qu'une partie non négligeable de la production suisse est exportée sans aucune restitution de droits. Il en résulte une recette de presque 100 millions pour l'AVS. Une augmentation des impôts entraînerait immédiatement un recul de cette exportation et, par voie de conséquence, une diminution des recettes de l'AVS. On assisterait au même phénomène que pour l'essence où l'augmentation de la surtaxe a fait reculer les achats pratiqués par l'étranger.

Voilà, grossièrement, les arguments et réflexions dont a tenu compte votre commission pour vous proposer un texte différent de celui du Conseil fédéral. Tous ne sont pas d'ordre juridique; cependant, il me semble que, malgré cela, ils ne peuvent laisser indifférent le législateur. Nous vous demandons donc de suivre la majorité de la commission.

Le troisième point concerne la culture du tabac indigène. Ce point a particulièrement retenu l'attention de la commission. Permettez-moi de m'y arrêter un instant:

Le tabac indigène consolide l'existence de 2500 exploitations agricoles familiales de plusieurs régions du pays. Il est cultivé depuis plus de deux siècles dans la vallée de la Broye et dans le Mendrisiotto.

Sa production annuelle est de l'ordre de 1,5 million de kg de tabac fermenté d'une valeur de 12 millions de francs. Ces dernières années, 22 millions de francs ont été investis dans la modernisation de la production (mécanisation, séchage, manutention et fermentation). La commercialisation du tabac indigène est rationnelle en Suisse;

elle supporte très aisément toutes comparaisons tant au niveau européen qu'au niveau américain des USA.

Actuellement, le tabac indigène bénéficie d'une protection douanière qui s'élève, en ce qui concerne le tabac à cigarettes, à 9 fr. 45 par kg et, en ce qui concerne le tabac à pipe, à 3 fr. par kg. La taxe de fabrication pour les cigarettes se monte à 15 fr. 90 pour 1000 pièces. Cette taxe est légèrement réduite pour les cigarettes bon marché qui contiennent au minimum 50% de tabac indigène. La taxe de fabrication sur le tabac à pipe s'élève à 1 fr. 53 par kg de tabac brut utilisé.

Le tabac indigène – et c'est logique sur le plan de l'économie nationale – n'est soumis à aucun droit de douane.

Par contre, lorsqu'il entre dans la composition des produits manufacturés, le tabac indigène est frappé d'une taxe fiscale, prélevée à l'intérieur du pays, dite «de fabrication». C'est cette taxe qui rapporte à la Confédération depuis le 1<sup>er</sup> janvier 1966 environ 20 millions de francs par an ou, si l'on préfère, 25 000 fr. par ha de culture, soit environ le double de la somme touchée par le producteur pour la vente de son tabac, c'est-à-dire le produit de son travail!

Depuis l'entrée en vigueur de la loi sur l'AVS, le tabac indigène a fourni environ 250 millions de francs à la Confédération pour le financement de l'AVS.

Soulignons aussi que la culture du tabac est, de toute l'agriculture, la seule branche à devoir supporter une imposition fiscale.

En principe, les droits tabacoles de douane, bien que supprimés à la frontière, seraient transférés sur les taxes internes dites de «fabrication»; le tabac indigène se verrait ainsi très fortement pénalisé par cette opération de politique économique et chargé d'une nouvelle imposition de l'ordre de 12 à 14 millions de francs soit 15 000 à 20 000 fr. de plus par ha cultivé; on arriverait donc au total de 40 000 fr. environ par ha.

Ce serait illogique sur le plan fiscal et injuste sur le plan social. Le tabac indigène serait la seule branche de l'industrie du tabac à être écrasée par un supplément de fiscalité. Il en mourrait et disparaîtrait rapidement de la géographie agricole de la Suisse, ce qui serait un précédent très dangereux.

C'est pourquoi le projet de loi prévoit la rétrocession aux milieux intéressés par la culture du tabac indigène de ce supplément de fiscalité dont devront s'acquitter les industriels utilisant du tabac suisse.

Précisons d'emblée qu'il s'agit d'une rétrocession ou, si l'on préfère, d'une ristourne, d'une compensation ou encore d'un rétablissement d'une balance d'équilibre n'entrant pas de modification de la charge fiscale par rapport à la situation actuelle, mais qu'en aucun cas il ne saurait être question d'une subvention.

Une telle conception de l'opération parle en faveur de la solution préconisée par le projet de loi: prendre l'argent à rétrocéder là où le supplément de fiscalité va s'accumuler, c'est-à-dire auprès du département des finances et ceci avant qu'il ne soit affecté à l'AVS. C'est logique, simple, fonctionnel et de plus, juridiquement défendable. La commission s'est convaincue que cette solution devait être adoptée. Relevons enfin en faveur du tabac indigène le fait que la collaboration qui existe entre la Fédération suisse des associations de planteurs de tabac (FAPTA) et les fabricants de tabac groupés dans la Société coopérative pour l'achat du tabac indigène (SOTA) est un modèle du genre, qui pourrait faire école dans de nombreux domaines.

Je passe à un dernier point: Jusqu'à présent, les dispositions sur l'imposition du tabac constituaient le chapitre IV de la II<sup>e</sup> partie de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'AVS.

Le Conseil fédéral a estimé judicieux – et votre commission l'a suivi – de détacher ces dispositions fiscales et d'en faire l'objet d'une loi distincte.

Le projet de loi qui nous est soumis, issu de longues délibérations auxquelles tous les milieux intéressés à la production, à l'industrie et au commerce du tabac ont participé, revêt une grande importance par les multiples conséquences qu'il entraîne dans de nombreux secteurs de notre économie.

La commission l'a examiné avec une grande attention et, au cours de longues délibérations, lui a apporté les modifications qu'elle estimait judicieuses. Nous sommes certains qu'il répond ainsi à l'intérêt général. Le refus d'entrer en matière ne résoudrait rien et ne ferait que reporter à plus tard la solution d'un problème que nous pouvons et devons résoudre maintenant.

Nous vous proposons donc de passer à l'examen de la loi sur l'imposition du tabac.

*Hier wird die Beratung abgebrochen*

*Ici, le débat est interrompu*

### Vormittagssitzung vom 20. Juni 1967

Séance du 20 juin 1967, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

## 9700. Exportförderung auf dem Gebiete der Waldwirtschaft. Befristete Massnahmen Encouragement des exportations dans le domaine de l'économie forestière. Mesures temporaires

Botschaft und Beschlussentwurf vom 26. Mai 1967  
(BBl I, 941)

Message et projet d'arrêté du 26 mai 1967 (FF I, 949)

Beschluss des Ständerates vom 13. Juni 1967  
Décision du Conseil des Etats du 13 juin 1967

## 9624. Interpellation Dietelmann. Schweizerische Waldwirtschaft Economie forestière suisse

Text der Interpellation siehe Seite 211 hiernach  
Texte de l'interpellation voir page 211 ci-après

## 9647. Motion Tschumi. Linderung der Waldschäden Aide aux propriétaires de forêts ravagées

Text der Motion siehe Seite 212 hiernach  
Texte de la motion voir page 212 ci-après

Antrag der Kommission  
Eintreten auf den Beschlussentwurf.

Proposition de la commission  
Passer à la discussion du projet d'arrêté

*Berichterstattung – Rapports généraux*

**Leber**, Berichterstatter: Im Auftrage der von Ihnen bestellten Kommission habe ich Sie über den dringlichen Bundesbeschluss betreffend befristete Massnahmen zur Milderung der infolge der Sturmschäden in der Waldwirtschaft entstandenen Verluste zu orientieren.

Die verheerenden Frühjahrsstürme haben in den Tagen vom 23. Februar bis zum 28. Februar und am 13. März über 2,3 Millionen Kubikmeter Holz, vorab im schweizerischen Mittelland, zu Fall gebracht, was zwei Drittel einer Jahresernte und einer Waldfläche von 7000 ha entspricht. Im Anschluss an diese Katastrophe sind durch die Kantonsregierungen, durch die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren, durch die schweizerischen Verbände der Waldwirtschaft und der Holzindustrie und nicht zuletzt durch parlamentarische Vorstöße während der letzten Session beim Bundesrat Begehren gestellt worden, er möchte dringlich geeignete Massnahmen in die Wege leiten und sie dem Parlament unterbreiten. Diese Vorlage liegt vor; sie ist Ihnen rechtzeitig zugestellt worden.

Im Namen der Kommission möchte ich Herrn Bundesrat Tschudi und seinen Mitarbeitern herzlich danken für die

## Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

### Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1967
Date	
Data	
Seite	201-208
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 647